



**USIC**

Union Suisse des Sociétés d'Ingénieurs Conseils  
Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmungen  
Unione Svizzera degli Studi Consulenti d'Ingegneria  
Swiss Association of Consulting Engineers  
Member of FIDIC and EFCA

## Positionspapier Energie

Juni 2012

### Ausgangslage

Nach der Nuklearkatastrophe im japanischen Fukushima hat sich die eidgenössische Politik 2011 zum Ziel gesetzt, mittelfristig aus der Kernenergie auszusteigen. Damit die Stromversorgung trotz Wegfalls des Stroms aus Kernkraftwerken langfristig gesichert werden kann, hat der Bundesrat im April 2012 die Energiestrategie 2050 verabschiedet. Die Strategie zielt auf einen Ausbau von Wasserkraft und von neuen erneuerbaren Energien sowie die Steigerung der Energieeffizienz in Gebäuden, bei Geräten und im Verkehr. Versorgungsengpässe sollen durch Gaskraftwerke und Importe gedeckt werden.

Der Bundesrat geht davon aus, dass der schrittweise Ausstieg aus der Kernenergie „machbar“ ist und sich „die volkswirtschaftlichen Auswirkungen [...] in Grenzen“ halten werden.

### Haltung der usic

Der Ausstieg aus der Kernenergie in der Schweiz ist grundsätzlich machbar. Er erfordert aber ganz besondere Anstrengungen der Politik, der betroffenen Branchen (insb. der Stromproduzenten), der Grund- und Hauseigentümer sowie der ganzen Gesellschaft. Der nachhaltige Aufbau von neuen und alternativen Stromerzeugungsquellen ist ein gewaltiges Generationenprojekt, vergleichbar mit der Entwicklung der Eisenbahn in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts oder dem Bau der Autobahnen in den Sechziger- und Siebzigerjahren. Um die hohen Ziele zu erreichen, sind gezielte Massnahmen auf unterschiedlichen Ebenen notwendig. Die beratenden Ingenieurinnen und Ingenieure, welche in den usic-Mitgliedsunternehmen vereint sind, sind bereit, ihren Teil der Verantwortung zu tragen und ihr technisches und fachliches Know-how sowie ihre strategischen und organisatorischen Kompetenzen umfassend einzubringen.

Die usic sieht für die Umsetzung der neuen Energiestrategie gewisse Risiken, namentlich das Fehlen von Investitionssicherheit sowie das Risiko, dass öffentliche Mittel nicht zielgerichtet genug eingesetzt werden. Um diese Risiken zu verringern, muss nach Ansicht der usic die Politik in den folgenden drei Bereichen möglichst gleichzeitig und rasch die Grundlagen für den Erfolg der neuen Energiestrategie legen:

#### 1. Umfassende Planungssicherheit dank verlässlichen Planungsinstrumenten

Im Energiebereich fehlen heute generell Planungsinstrumente, welche den Umgang mit Zielkonflikten regeln. Heute muss man feststellen, dass jedes Gemeinwesen primär für sich selber schaut (beispielsweise kantonale Energiestrategien und kommunale Energierichtpläne) und dabei wenig dienli-

che Konkurrenzsituationen entstehen (Verteilungskampf zwischen Gemeinwesen um Strom aus erneuerbaren Energiequellen). Diese Ineffizienzen sind zu beseitigen, indem eine ordnende Regelung geschaffen wird, analog der Raumplanungsgesetzgebung (z.B. ein „Energieordnungsgesetz“ oder ein „nationaler Energierichtplan“). Solche Instrumente sollen einheitliche Antworten auf Zielkonflikte geben und übergeordneten, umfassenden Lösungen gegenüber Partikularlösungen zum Durchbruch verhelfen. Oberstes Ziel solcher Bemühungen ist die dauerhafte Planungssicherheit, denn nur eine solche bildet ein sicheres Fundament für private Investitionen.

Gute Planungs- und Umsetzungshilfen sind auf allen regulatorischen Ebenen notwendig und müssen einer kontinuierlichen Überprüfung und Anpassung unterzogen werden. Es handelt sich hierbei um eine öffentliche Aufgabe, welche von privaten Branchen- und Fachverbänden zwar unterstützt, letztlich aber nicht alleine realisiert werden kann.

#### 2. Verbesserung der Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energieversorgung und eine bessere Energieeffizienz

In etlichen Bereichen fehlt es heute an verlässlichen und umfassenden Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energieversorgung. So bestehen zum Beispiel in Bezug auf den Bau von Windkraftwerken grosse Unklarheiten, namentlich im Verhältnis zum Landschaftsschutz oder zum Waldgesetz. Gleiches gilt für die Wasserkraft im Verhältnis zu Umweltschutzanliegen (Naturschutz, Moorlandschaften, Schutz der Fische etc.). Auch Fragen des Denkmalschutzes sind heute im Spannungsfeld zur Förderung erneuerbarer Energien (Solarpanels) oder zu Gebäudesanierungen nicht abschliessend geklärt. Auch in diesem Bereich ist Planungssicherheit gefordert, um den erforderlichen Investitionsschub auslösen zu können.

Zudem sind Bewilligungs- und Beschwerdeverfahren zu vereinfachen und zu harmonisieren und die Verfahren sollen generell gestrafft und vereinfacht werden, um Projekte rascher realisieren zu können. Wo föderative Hindernisse im Wege stehen, ist auf eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Gemeinwesen hinzuwirken (z.B. analog dem Vorgehen der Energiedirektorenkonferenz bei der Koordination des Gebäudeenergieausweises GEAK).

Gleichzeitig sind Anreize zur Förderung des verdichteten Bauens zu schaffen. Damit kann bei gleicher Bauweise Energie für Betrieb und Mobilität eingespart werden. Ohne griffige nationale Instrumente können hier aber keine raschen Fortschritte erzielt werden.



**USIC**

Union Suisse des Sociétés d'Ingénieurs Conseils  
Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen  
Unione Svizzera degli Studi Consulenti d'Ingegneria  
Swiss Association of Consulting Engineers  
Member of FIDIC and EFCA

### 3. Stärkung der strategischen Planung in der Umsetzungsphase

Zu rasch und überstürzt umgesetzte politische Entschiede führen oft zu wenig durchdachten Lösungen. Für eine sachgerechte Planung, wie ein politisches Ziel umgesetzt wird, bleibt oftmals zu wenig Zeit. Um dieser Tendenz entgegen zu wirken, ist die strategische Planung zu stärken. Bevor ein politisches Ziel auf konkreter Verordnungsstufe umgesetzt wird, sollen strategische Überlegungen angestellt und die notwendigen Planungswerkzeuge bereitgestellt werden. Die in dieser notwendigen Zwischenphase erarbeiteten Erkenntnisse und Werkzeuge sollen die Grundlage für die Vollzugsregelung bilden.

#### Rolle der Ingenieure

Die Ingenieurinnen und Ingenieure sind sich bewusst, dass ihr unabhängiges Fachwissen, ihr Know-how und ihre Organisations- und Koordinationskompetenzen auf dem Weg zur Energiewende unerlässlich sind. Umso mehr wünschen sie sich, nicht nur als Umsetzer wahrgenommen, sondern vielmehr aktiv und von Beginn weg in die strategische Planung einbezogen zu werden.

Die Ingenieurinnen und Ingenieure der usic-Mitgliedsunternehmen sind bereit, ihren unabhängigen, fachlichen Beitrag an die nachhaltige Energieversorgung der Schweiz – und damit zum Gelingen der Energiewende – zu leisten.

#### Die usic

Die usic vereint rund 900 Ingenieur- und Planungsunternehmen in der ganzen Schweiz mit insgesamt über 10'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Die usic-Unternehmungen generieren einen jährlichen Bruttoumsatz von über CHF 1.8 Mia., was ungefähr einem Anteil von 40% am gesamten ingenieurrelevanten Ausgabenanteil im Baubereich entspricht. Damit steuern die usic-Mitgliedsunternehmen mit ihrer Tätigkeit rund ein Drittel der gesamten Ausgaben im Baubereich der Schweiz bei.

[www.usic.ch](http://www.usic.ch)  
[www.ingenieure-gestalten-die-schweiz.ch](http://www.ingenieure-gestalten-die-schweiz.ch)

#### Kontakt:

##### Dr. Mario Marti

Schweizerische Vereinigung Beratender Ingenieurunternehmen usic  
Geschäftsführer  
[mario.marti@usic.ch](mailto:mario.marti@usic.ch)

- Es braucht einen nationalen Energieplan; die Herausforderungen der Energiewende können nicht lokal oder in Einzelaktionen gelöst werden; bei gleichzeitiger Wahrung der föderalen Strukturen.
- Es braucht Planungs- und Rechtssicherheit, um die notwendigen Investitionen auszulösen – die Bewilligungsverfahren sind entsprechend zu harmonisieren, vereinfachen und zu verschlanken.
- Ein verbindlicher, nationaler Interessenabgleich zwischen Versorgungssicherheit und Umweltschutzanliegen ist zu definieren.
- Die Forschung und Lehre im Bereich Energie ist zu stärken und zu fördern.
- Die internationale Zusammenarbeit und der Informationsaustausch sind zu intensivieren und auszubauen.
- Die beratenden Ingenieure sind von Beginn an in die Konzeption der Energiewende einzubeziehen – die Energiewende ist ein Jahrhundertprojekt und die Zeit drängt.